Industrielle Arbeitswelt und Nationalsozialismus. Der Betrieb als Laboratorium der „Volksgemeinschaft“ 1920-1960

Veranstalter: Institut für Stadtgeschichte, Gelsenkirchen; Universität Duisburg-Essen, Nordrhein-westfälische Landeszentrale für politische Bildung

Datum, Ort: 11.10.2017–13.10.2017, Gelsenkirchen

Bericht von: Antonia Gießmann-Konrads / Darius Harwardt, Historisches Institut, Universität Duisburg-Essen

Der Begriff der „Volksgemeinschaft“ wurde von der historischen Forschung zum Nationalsozialismus lange Zeit als bloße Propagandaformel betrachtet, schien er doch vor allem Ziel und Wunsch des NS-Regimes zu beschreiben. Neuere Arbeiten stellen jedoch zunehmend heraus, dass die Idee auch den Anspruch vermittelt habe, „dem Führer entgegenzuarbeiten“ (Ian Kershaw) und gerade daraus ihre integrative Kraft gewann. Die Tagung „Industrielle Arbeitswelt und Nationalsozialismus“ widmete sich dieser Ambivalenz aus der Perspektive der Neuen Geschichte der Arbeit. Im Zentrum stand dabei der Begriff der „Betriebsgemeinschaft“, der auf diskursiver wie auch praktischer Ebene hinsichtlich möglicher Parallelen und Widersprüche zur „Volksgemeinschaft“ analysiert wurde.

Begrüßt wurden die Teilnehmer von den Veranstaltern FRANK BECKER (Duisburg-Essen) sowie DANIEL SCHMIDT (Gelsenkirchen), die dazu aufforderten, das Konzept und den Begriff der „Volksgemeinschaft“ ernst zu nehmen und im Sinne eines Integrationsangebots zu hinterfragen. Inklusion und Exklusion müssten als untrennbare Dimensionen der „Volksgemeinschaft“ verstanden werden, die für bestimmte Gruppen Möglichkeiten und Chancen eröffnete, für andere jedoch ausschloss. Sie betonten die Relevanz der Frage nach Kontinuitäten und Wandlungsprozessen, der sich die Tagungsbeiträge aus verschiedenen Perspektiven widmen würden. Insbesondere der Gemeinschaftsbegriff sei hinsichtlich seiner konkreten Aus handlung zu differenzieren.

MALTE THIEßEN (Münster) stellte in sei-

ner Keynote unterschiedliche Aspekte der „Volksgemeinschaft“ heraus und skizzierte Leitlinien der kommenden Beiträge. Dabei betonte er nicht nur, dass Inklusion und Exklusion miteinander verknüpft seien, sondern dem Begriff insbesondere hinsichtlich der Arbeit auch nach innen eine Distinktionsfunktion zuzuschreiben sei. Keineswegs nämlich egalisiere die „Volksgemeinschaft“ alle Unterschiede; vielmehr implementierte sie einen Wettbewerb um Anerkennung und verschärfte soziale Kampfzonen. Zu fragen sei, inwiefern diese Distinktionsfunktion mit anderen Exklusionskriterien korrelierte oder in Widerspruch stand. Auf dem Feld der Arbeit transportiere der Begriff der „Volksgemeinschaft“ nicht nur zentrale Normen wie Fitness, Ordnung oder Disziplin im Sinne einer „Nützlichkeitsdiktatur“, sondern verweise gerade hier auf mögliche Kontinuitäten. Denn auch nach 1945 verlor das Leistungsprinzip keineswegs an Relevanz.

Im ersten Panel der Tagung diskutierte SÖREN EDEN (Berlin) die Funktion von Treuhändern der Arbeit als Scharnier zwischen Reichsführung und betrieblicher Ebene. Aus Sicht der Nationalsozialisten sollte das Spannungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit durch die „Volksgemeinschaft“ überlagert werden. Die Treuhänder spielten eine wichtige Rolle bei der Umsetzung; Sie sollten etwa Streitfälle im Sinne des betrieblichen „Gemeinwohls“ schlichten und auf überbetrieblicher Ebene in Fragen der Lohnpolitik vermitteln. Dabei zeige sich, dass die Treuhänder der Arbeit mehr waren als nur ein verlängerter Arm des NS-Regimes und durchaus eigene Handlungsspielräume besaßen.

Ein ähnlich ambivalentes Verhältnis zwischen Betrieb und Regierung konstatierte MATTHIAS FRESE (Münster) für die Vertrauensräte in öffentlichen Unternehmen und Verwaltungen. Diese sollten auf mikropolitischer Ebene das Vertrauen der „Betriebsgemeinschaft“ im Sinne der „Volksgemeinschaft“ vertiefen. Aus Sicht der Betriebsführer erfüllten sie die Funktion eines Transmissionsriemens zur Belegschaft, zugleich seien sie der Verkündungsrahmen für betriebliche Entscheidungen gewesen. In der Praxis war die Ausgestaltung von der individuellen Persönlichkeit der wenigen Mitglieder abhängig

– auch deshalb seien die Vertrauensräte keinesfalls nur eine Marionette des Regimes gewesen.

RÜDIGER HACHTMANN (Potsdam) stellt in seinem anschließenden Kommentar verschiedene Differenzierungslinien der betriebspolitischen Akteure zur Diskussion. Sowohl in Bezug auf die Treuhänder als auch Vertrauensräte würde sich ein genauere Blick auf die kriegswirtschaftliche Entwicklung der Betriebspolitik anbieten. War diese als langfristiges Prinzip konzipiert oder diene sie der unmittelbaren Befriedung der Betriebe aus Angst vor der Dynamik sozialer Gegensätze? Auch Unterscheidungen hinsichtlich tendenziell repressiver oder sozialpaternalistischer Institutionen, der Zusammensetzung der Belegschaft oder der Geschlechterverhältnisse wurden diskutiert.

Im zweiten Panel griff TORBEN MÖBLUS (Bielefeld) das Spannungsverhältnis zwischen weltanschaulichen Vorgaben und ökonomischer Realität im Rahmen von Industriebetrieben anhand des Beispiels von Werkzeitschriften der Oberhausener Gutehoffnungshütte wieder auf. Eine wichtige Rolle stellte dabei der Einfluss des bereits 1925 gegründeten Deutschen Instituts für Technische Arbeitsschulung (DINTA) dar, das sich der Harmonisierung der „Betriebsgemeinschaft“ widmete und diese in einen nationalistischen Deutungsrahmen stellte. Nach Etablierung dieser Narrative in der Weimarer Republik habe sich insbesondere die Exklusion und Militarisierung im Nationalsozialismus verstärkt.

JENNIFER HORSTMANN (Gelsenkirchen) präsentierte die Inszenierung von Gemeinschaft in „NS-Musterbetrieben“ anhand von Fallbeispielen aus Gelsenkirchen. Der so beförderte Wettbewerb sei nicht allein anhand wirtschaftlicher Kriterien erfolgt. Ideologische Identifikation und soziale Leistungen spielten eine zentrale Rolle für die Vergabe der begehrten „goldenen Zahnräder“. Nicht selten sei unternehmerischer Patriarchalismus dabei vom NS-Regime instrumentalisiert worden. Die Inszenierung einer „Betriebsfamilie“ erweise sich jedoch oftmals lediglich als wirkmächtige Konstruktion.

CAROLA SACHSE (Wien) betonte in ihrem Kommentar die Notwendigkeit, die praxeolo-

gische Ebene des Themenkomplexes stärker zu berücksichtigen. So stellten Werkszeitschriften eine ergiebige Quelle dar, seien allerdings auch Ergebnis eines medialen Produktionsprozesses, der selbst weiterführende Erkenntnisse verspreche. Auch hinsichtlich der „NS-Musterbetriebe“ sei zu untersuchen, wie Selektionsprozesse abliefen und welche Personen beteiligt waren.

Im anschließenden Panel stellte DANIEL SCHMIDT (Gelsenkirchen) die Inszenierungen industrieller Arbeit in der NS-Zeit in den Vordergrund und bot einen Einblick in die Pläne des Regimes, Gelsenkirchen als „nationalsozialistische Musterstadt“ zu etablieren. Nach anfänglichen Plänen des kulturellen Städteausbaus folgte man Mitte der 1930er-Jahre dem Konzept der „Arbeiter-Musterstadt“, das den Ausbau von Wohnraum in Form sogenannter Erholungssiedlungen für Arbeiter vorsah. Diese beinhalteten jedoch auch Eigenheime für privilegierte Angehörige der „Volksgemeinschaft“. Somit seien die Pläne zum Umbau Gelsenkirchens nicht nur am Krieg und den weitreichenden Ambitionen, sondern auch an ihren zahlreichen Widersprüchen gescheitert.

GISELA PARAK (Freiberg) befasste sich im Anschluss aus kunsthistorischer Perspektive mit der ambivalenten und widersprüchlichen Inszenierung des Bergmanns in Zechenzeitschriften. Dieser sei einerseits lediglich als „Menschenmaterial“ dargestellt worden, andererseits jedoch als Prototyp des Arbeiters schlechthin. Das NS-Regime bemühte sich, den Bergmann in den Zusammenhang von „Führer und Volksgemeinschaft“ einzubetten. Neben der visuellen Heroisierung von Männlichkeit setzte die Bildstrategie auch auf die Inszenierung des bergmännischen Alltags. Insgesamt vermittele die Darstellung so eine „Erziehung zu und Erziehung durch Nachahmung“.

In seinem Kommentar unterstrich DETLEF SCHMIECHEN-ACKERMANN (Hannover) das deutlich gewordene Spannungsverhältnis zwischen Inszenierung und Realität und diskutierte die Frage der Vergleichbarkeit. So böte sich an, die Gelsenkirchener Stadtpolitik etwa mit Augsburg oder Nürnberg zu vergleichen, während die bildliche Darstellung des Bergmanns Fragen nach der

Darstellung anderer Berufsgruppen aufwerfe. Dies knüpfte auch an die Frage nach Widersprüchen im Bildprogramm der Nationalsozialisten an, die im Hinblick auf Spezifika des Mediums oder Berufsstandes näher zu untersuchen seien.

FRANK BECKER (Duisburg-Essen) leitete die vierte Tagungssektion ein und setzte sich in seinem Vortrag mit dem Thema Arbeitswissenschaften in der Zeit von 1925 bis 1939 auseinander. Die DINTA-Lehrwerkstätten seien hierbei ein wichtiges Instrument gewesen, um arbeitswissenschaftliche Konzepte und den Gedanken der „Betriebsgemeinschaft“ in die Praxis umzusetzen. Ein der Industriedidagogik inhärenter Widerspruch liege in dem vom NS-Staat verbreiteten Terror einerseits und dem zum Ziel erklärten „Wohlbefinden“ des Arbeiters andererseits. Dabei lasse sich ein hohes Maß an Kontinuität in den betriebspolitischen Konzepten des DINTA feststellen, die nach 1933 rassenhygienisch überformt worden seien.

KARIN KAUDELKA (Dortmund) befasste sich im zweiten Beitrag der Sektion mit Arbeitsschutz-Plakaten im Zeitraum von 1920 bis 1960. Plakate seien als effektive Mittel eingesetzt worden, um präventive Arbeitsschutzmaßnahmen zu unterstützen. Die „NS-Betriebsgemeinschaft“ sei hierbei durch die Frage nach Anspruch auf Arbeitsschutz neu verhandelt worden. Nach 1933 sei auch das Bild der „Betriebsgemeinschaft“ zu einem wesentlichen Bestandteil der Plakatproduktion geworden, wobei der Leistungsgedanke erkennbar in den Vordergrund trat.

DAGMAR KIFT (Dortmund) betonte in ihrem Kommentar insbesondere den Kampf um die „Seele des Arbeiters“. Dieser erfordere Maßnahmen, die auf die Ausgestaltung eines Freizeitangebots und Akzentuierung des Wohlbefindens abzielten. Dabei distanzierte man sich von amerikanischer „Rationalisierung“, die nicht auf das „deutsche Wesen“ der Arbeit übertragbar sei. Stattdessen bemühte man sich um eine ganzheitliche Integration des familiären Arbeitsumfelds in die betriebspolitischen Maßnahmen.

LARS BLUMA (Bochum) betonte in seinem Vortrag zu Beginn der fünften Sektion die Relevanz der Leistungsideologie für die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ in

den medizinischen Praktiken des deutschen Steinkohlebergbaus. Dabei rekonstruierte er Diskurse und Praktiken der Gewerbehygiene, der Arbeitssicherheit sowie der „Simultanbekämpfung“ im Wechselverhältnis von Wissenschaft, betrieblicher Praxis und NS-Ideologie. Trotz einer heroischen Überhöhung des Arbeiterkörpers habe der Volksgemeinschaftsgedanke keinesfalls einen verbesserten Arbeitsschutz bewirkt.

JULIA TIMPE (Bremen) widmete sich in ihrem Vortrag den Themenfeldern Betriebssport und Körperpolitik der NS-Organisation „Kraft durch Freude“. Im Sinne des Volksgemeinschaftsgedankens sei die „Betriebsgemeinschaft“ zu einer „Betriebs-Sportgemeinschaft“ stilisiert worden. Sport sei auf diese Weise zu einer „klassenvereinenden Tätigkeit“ und zum „Exerzierplatz der Betriebsgemeinschaft“ geworden. Einer der Hauptbeweggründe des Sports habe darin gelegen, die Energien des Einzelnen zu stärken und für die Optimierung des deutschen „Volkskörpers“ zu sorgen.

STEFAN GOCH (Gelsenkirchen) hinterfragte in seinem Kommentar, inwieweit durch die nationalsozialistische Ideologie eine „Kolonisierung“ des Arbeitslebens erfolgte und Widerstände oder Aneignungen festzustellen seien. Er stellte zur Diskussion, inwiefern durch die KdF eine eklektizistische Aneignung von asymmetrischen Machtverhältnissen im Verhältnis zwischen Unternehmern und Belegschaft erfolgte, die unabhängig von nationalsozialistischer Ideologie schon zuvor etabliert wurden.

Der erste Vortrag der sechsten Sektion wurde von MARTIN BAUMERT (Leipzig) gehalten, der sich einem diachronen Systemvergleich anhand des Braunkohleindustriekomplexes Böhlen-Espenhein zwischen 1933 und 1965 widmete. In der Zeit des Nationalsozialismus sei die gezielte Konstruktion einer „NS-Betriebsgemeinschaft“ intendiert worden. Nach 1945 bemühte man sich dagegen, eine sozialistische „Betriebsgemeinschaft“ herzustellen, zunächst im Rahmen der Sowjetischen Aktiengesellschaft und schließlich in der DDR. Zwar sei es nach der NS-Zeit zu einer kontinuierlichen sozialen Besserstellung der Belegschaft gekommen – insgesamt stelle sich das Jahr 1945 jedoch nur bedingt als

Bruch dar.

CHRISTOPH LORKE (Münster) demonstrierte in seinem Vortrag, dass es keinen geradlinigen Prozess von der „Betriebsgemeinschaft“ zum „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ gegeben habe. Er präsentierte, wie die ideologische Überzeugungsarbeit konkret funktionierte, wie etwa Sprache und Symbole in Kontexten des betrieblichen Umbruchs eingesetzt wurden und welche betrieblichen In- und Exklusionsprozesse sich feststellen lassen. Nach 1945 habe das neue System auf Vorbilder und auf kompatibles Erfahrungswissen aufbauen können, was dazu beigetragen habe, dass es zu langanhaltenden Stabilitätsformen innerhalb der Industriegesellschaft der DDR kam.

In seinem Kommentar wies TIM SCHANETZKY (Jena) darauf hin, dass die Diagnose eines umfassenden Einschnitts nach 1945 offenbar zu relativieren sei. Dabei schlug er vor, die seit zehn Jahren populäre Forschungsthese der Kontinuität und den Begriff der „Kontinuität“ selbst zu überdenken. Als eines der zentralen Probleme erweise sich, dass die Entwicklungen vor 1945 hinsichtlich der Differenzierung zwischen Anspruch und Wirklichkeit nur schwer fassbar seien. Anstatt „Kontinuität“ lediglich zu konstatieren, müsse man fragen, wie die tradierten Konzepte jeweils für die neue politisch-soziale Umwelt funktional gemacht wurden.

MARTHA POPLAWSKI (Bochum) beschäftigte sich zu Beginn der siebten Sektion mit Kontinuität und Wandel der Diskurse zum Betrieb im Steinkohlebergbau nach 1945. Der Ordnungs-Diskurs habe dabei im Zechenbetrieb eine tragende Rolle erhalten und prägte die strikte Einhaltung der Arbeitsabläufe, um strukturelle Voraussetzungen zur Implementierung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse zu schaffen. Die Leistung des Bergarbeiters sei auch im Hinblick auf das ihn umgebende soziale Klima bewertet worden, weshalb der Diskurs der 1950er-Jahre durch eine Kausalität von inner- und außerbetrieblichen Handlungen bestimmt worden sei.

Im letzten Vortrag der Sektion nahmen MARCEL GLASER (Kassel) und ALEXANDER KRAUS (Wolfsburg) die Stadt Wolfsburg und das Volkswagenwerk im Zeitraum von 1945 bis 1963 im Hinblick auf die Begriffe

„Volksgemeinschaft“ und „Schicksalsgemeinschaft“ in den Blick. Die NS-Propaganda habe Wolfsburg zur „NS-Musterstadt“ stilisiert, eine Zuschreibung, die die Stadt selber aufgegriffen und zu einem Selbstbild transformiert habe. Die Vortragenden erläuterten, wie sich das Narrativ der „Schicksalsgemeinschaft“ in literarischen Zeugnissen (Tatsachenroman „Die Autostadt“), anhand eines Personenkultes (VW-Generaldirektor Heinrich Nordhoff) sowie in Stadtwerbefilmen (z.B. „Aus eigener Kraft“) verfestigte.

HANS WUPPER (Düsseldorf) und STEFAN GOCH (Gelsenkirchen) wiesen in der abschließenden Diskussion darauf hin, dass eine übergreifende historische Perspektive nach der Wirkmächtigkeit des Gemeinschaftsprinzips fragen müsse, das in sehr unterschiedlichen politischen Systemen ähnliche Integrationskräfte freigesetzt habe. Sowohl auf politischer als auch betrieblicher Ebene transportiere es das Angebot der Inklusion wie die Drohung der Exklusion. Stets mitgedacht werden müsse die aktive Partizipation der jeweiligen Akteure. Dies gelte auch für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik, die durch entsprechendes Handeln immer wieder bestätigt werden müssten.

Konferenzübersicht:

Frank Becker (Duisburg-Essen) / Daniel Schmidt (Gelsenkirchen) / Hans Wupper (Düsseldorf): Begrüßung und Einführung
Malte Thießen (Münster): Volksgemeinschaften und Arbeitswelten (Keynote)

Sektion 1: Akteure nationalsozialistischer Betriebspolitik

Moderation / Kommentar: Rüdiger Hachtmann (Potsdam)

Sören Eden (Berlin): Zwischen »Betriebs« und »Volksgemeinschaft«. Die Treuhänder der Arbeit und die Regelung der Arbeitsbeziehungen

Matthias Frese (Münster): Hüter der Betriebsgemeinschaft? Vertrauensräte in öffentlichen Unternehmen und Verwaltungen 1933/34–1945

Sektion 2: Zwischen weltanschaulichen Vorgaben und ökonomischer Realität – Industriebetriebe und Gemeinschaftsideologie

Moderation / Kommentar: Carola Sachse

(Wien)

Torben Möbius (Bielefeld): Betriebsgemeinschaft und Unternehmenspolitik: Ideologische Grundlagen und betriebliche Praxis in der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Gutehoffnungshütte

Jennifer Horstmann (Gelsenkirchen): »NS-Musterbetriebe«. Inszenierungen von Gefolgschaft und Gemeinschaft in Gelsenkirchener Unternehmen

Sektion 3: Inszenierungen industrieller Arbeit in der NS-Zeit

Moderation / Kommentar: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hannover)

Daniel Schmidt (Gelsenkirchen): »Gelsenkirchen – Stadt der Arbeit und Erholung«.

Eine Industriestadt als NS-Musterkommune: Anspruch und Wirklichkeit

Gisela Parak (Freiberg): Der Bergmann als Prototyp des »Soldaten der Arbeit«: Fotografische Strategien der Inszenierungen des »Völkischen« im Medium Zechen-Zeitschrift

Sektion 4: Der Betrieb als Anwendungsfeld der Arbeitswissenschaften

Moderation / Kommentar: Dagmar Kift (Dortmund)

Frank Becker (Duisburg-Essen): Die Arbeitswissenschaften und das »Wohlbefinden« des Werkstätigen. Vom DINTA zur DAF (1925–1939)

Karin Kaudelka (Dortmund): Präventive Werbung für den Arbeitsschutz: Arbeitsschutz-Plakate 1920–1960

Sektion 5: Körperpolitik im Betrieb

Moderation / Kommentar: Stefan Goch (Gelsenkirchen)

Lars Bluma (Bochum): Helden und Simulanten: Subjektivierungen im Steinkohlenbergbau 1920–1945

Julia Timpe (Bremen): Der Betrieb als Laboratorium der »Volksgemeinschaft« und des »Volkskörpers«: Betriebssport und Körperpolitik der NS-Organisation »Kraft durch Freude«

Sektion 6: Kontinuitäten I – Das Erbe der betrieblichen Gemeinschaftsideologie in SBZ und DDR

Moderation / Kommentar: Tim Schanetzky

(Jena)

Martin Baumert (Leipzig): Kontinuität im Wandel. Ein diachroner Systemvergleich anhand des Braunkohlenindustriekomplexes Böhlen-Espenhain zwischen 1933 und 1965

Christoph Lorke (Münster): Von der »Betriebsgemeinschaft« zum »Kollektiv der sozialistischen Arbeit«: Prolegomena zum Begriffs- und Symbolwandel in Zeiten des Umbruchs (1945–1960)

Sektion 7: Kontinuitäten II – Westdeutsche Wege von der Gemeinschaftsideologie zum »Wirtschaftswunder«

Moderation / Kommentar: Hans Wupper (Düsseldorf)

Martha Poplawski (Bochum): »Betrieb – Ordnung – Leistung«. Kontinuität und Wandel der Diskurse zum Betrieb im Steinkohlenbergbau nach 1945

Marcel Glaser (Kassel) / Alexander Kraus (Wolfsburg): Von der »Volksgemeinschaft« zur »Schicksalsgemeinschaft von Werk und Stadt«. Wolfsburg und das Volkswagenwerk 1945–1963

Tagungsbericht *Industrielle Arbeitswelt und Nationalsozialismus. Der Betrieb als Laboratorium der „Volksgemeinschaft“ 1920-1960*. 11.10.2017–13.10.2017, Gelsenkirchen, in: H-Soz-Kult 19.01.2018.